

HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Daniela Rüter, Karsten Rudolph

Dauerstellen gegen den «Volkstod». Warum die AfD sich um den Mittelbau an den Universitäten kümmert

Helmut Seifen war früher CDU-Mitglied. Jetzt ist er schulpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag und Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses. Der 65-jährige Gymnasiallehrer für Deutsch und Geschichte, der mehrere Jahre für die CDU im Rat seiner Heimatstadt Gronau saß, gehört dem gemäßigten Flügel der Partei an. Kürzlich machte er Schlagzeilen, als er Äußerungen seines Parteikollegen Björn Höcke mit denen von Hitler und Goebbels verglich, womit er den national-völkischen Parteiflügel gegen sich aufbrachte. Dieser übernahm auf dem letzten Landesparteitag die innerparteiliche Macht. Doch darf der Flügelstreit über eines nicht hinweg deuten: Die AfD besitzt eine politische DNA, von der beide Flügel leben. Konservative Dogmatiker ebenso wie völkische Demagogen. So sorgen sich beide neuerdings um das wissenschaftliche Personal an deutschen Hochschulen. Jedenfalls vordergründig. Dahinter stehen weder arbeitsrechtliche noch wissenschaftspolitische Anliegen. Sondern sehr spezielle Vorstellungen über die Implementierung einer neu-alten Bevölkerungspolitik.

In einem Antrag, den Seifen und Kollegen jüngst in den nordrhein-westfälischen Landtag eingebracht haben, fordert die AfD-Fraktion mehr Dauerstellen an den Hochschulen des Landes. Die Landesregierung sollte aufgefordert werden, rasch für eine Entfristung von Arbeitsverträgen zu sorgen mit dem Ziel,

«dass bis zum Ende der Legislaturperiode zwei Drittel aller Stellen in der Lehre und Forschung in Nordrhein-Westfalen unbefristet sind.»

Das Problem ist lange bekannt. Nach einer empirischen Bestandsaufnahme des Stifterverbands und des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung aus dem Jahre 2016, die die AfD selbst zitiert, sind drei Viertel aller Stellen in der Forschung befristet, was laut dieser Studie ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Nachwuchswissenschaftler an den Universitäten zunehmend keine Beschäftigungsperspektive mehr sehen und in die Wirtschaft abwandern.

In ihrem Antrag beklagt die AfD, wie prekär die Situation im Mittelbau der Hoch-

schulen sei. Die beschäftigungspolitische Entwicklung an den Hochschulen führe

«zu massiven Nachteilen für die Beschäftigten, aber vor allem auch für Forschung und Lehre.»

Die Qualität der Forschung sei wegen der prekären Arbeitsbedingungen in Gefahr.

Warum hat die AfD dieses Thema jetzt für sich entdeckt? Das bundespolitische Programm der Partei ist in punkto Hochschulpolitik schmallippig und eher dominiert von einer fundamentalen Anti-Haltung: gegen die Bologna-Reform, gegen Drittmittel, gegen zu viele Fremdsprachen an den Hochschulen, gegen Genderforschung. Von der Forderung unbefristeter Stellen für die darbenenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Mittelbau der Universitäten keine Spur. Jedoch steht die NRW-Fraktion der AfD nicht allein mit ihrem Vorstoß. Sie ist eher ein Nachzügler. Ähnliche Anträge, mit denen die Parlamente beschäftigt wurden, gab es bereits. So in Thüringen. Im Heimatland des Rechtsaußen der AfD Björn Höcke forderte die Partei schon im März 2015 ein Mittelverteilungskonzept für die Finanzierung Thüringer Hochschulen, welches «verbesserte Arbeitsbedingungen sowohl für den akademischen Mittelbau als auch für die Lehrbeauftragten und freiberuflichen Dozenten erlaubt». Worum es eigentlich ging, zeigte der Titel eines Antrags vom Februar 2015: «Familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten». Hinter den parlamentarischen Anträgen für Dauerstellen an den Universitäten steht das Programm, (deutsche) Akademiker und Akademikerinnen zu motivieren, mehr Kinder zu bekommen.

Die beschäftigungspolitischen Initiativen der AfD zugunsten der Hochschulen

Dauerstellen gegen den «Volkstod»

sind das trojanische Pferd, mit dem eine völkische Bevölkerungspolitik unbemerkt eingeschleust werden soll. Nachdem der AfD sukzessive ihr Kernthema Migration mangels Masse an Flüchtlingen wegbriecht, soll es offensichtlich unter dem Deckmantel der Sorge um den wissenschaftlichen Nachwuchs weiter kultiviert werden. In Nordrhein-Westfalen legte dies der Abgeordnete Seifen in einer Plenarsitzung im März 2019 im Düsseldorfer Landtag offen dar. Im Kontext der Forderung, mehr Dauerstellen an den Hochschulen zu schaffen, wandte er sich gegen den Versuch, «die demographischen Probleme» mit «Migration als Allheilmittel» lösen zu wollen. Und führte weiter aus:

«In einer Gesellschaft, in der die Kinderlosigkeit bei zunehmendem Bildungsgrad der Menschen immer weiter ansteigt, haben wir es letzten Endes mit einer dramatischen Fehlallokation von Ressourcen zu tun.»

Deutschland zähle zu den europäischen Ländern mit der höchsten Rate an Kinderlosigkeit. Dies treffe insbesondere auf Akademikerinnen und in einem noch dramatischeren Maße auf Wissenschaftlerinnen zu. Den Grund lieferte Seifen gleich mit: das Fehlen von Dauerstellen und die Teilzeitbeschäftigung an Hochschulen. Dass die statistischen Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen in Deutschland je nach Ausbildungsabschluss eine andere Sprache sprechen, verschwieg der AfD-Abgeordnete. Zwar ist es richtig, dass Akademikerinnen sich später ihren Kinderwunsch erfüllen als Frauen, die früher in den Beruf einsteigen. Und in vielen Fällen entscheidet die biologische Uhr doch gegen den Familiennachwuchs. Dies trifft jedoch vor allem auf Aka-

demikerinnen in Westdeutschland, nicht aber in Ostdeutschland zu. Nach dem Mikrozensus von 2016 sind im Westen der Republik über 26 % der Frauen über 45 Jahre mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss kinderlos, in Ostdeutschland sind es nur 16 %. Dort sind es die Frauen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss, die meist ohne Kinder sind.

Die Initiativen der AfD gegen befristete Beschäftigungsverhältnisse sind Mittel zum Zweck einer völkischen Bevölkerungspolitik, zu der sich die Partei in programmatischen Erklärungen offen bekennt. Gefördert werden sollen nicht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unabhängig von ihrer Herkunft, sondern gefördert werden soll nur die «angestammte» Bevölkerung. Auf ihrer Website malt die AfD apokalyptische Visionen eines sterbenden deutschen Volkes an die Wand. Die dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und das Verschwinden «normaler mittelgroßer Familien» sorgen für eine Schrumpfung unserer «angestammten Bevölkerung» um mehr als 250.000 Personen pro Jahr, «mit stark steigender Tendenz», heißt es dort. Die AfD stemme sich gegen «diesen Trend zur Selbstabschaffung».

Die von der AfD präsentierten Konzepte einer «aktivierenden Familienpolitik» sind nicht neu, sondern stammen aus der Motenkiste der dunkelsten Zeit der deutschen Geschichte. Die von der AfD vorgeschlagenen «Ehstart-Kredite mit Teilerlass für jedes Kind» hießen unter den Nationalsozialisten «Ehstandsdarlehen». Jungvermählte erhielten Gutscheine, um Hausrat anzuschaffen, wenn die Ehefrau aus dem Beruf ausschied. Der Kredit konnte ebenfalls «abgekündert» werden, pro Kind wurde ein Teil der Schuld erlassen.

Auch die Verknüpfung von Bildungspolitik und Bevölkerungspolitik wie sie die AfD heute vornimmt, gab es bereits, unter etwas anderen Vorzeichen. Völkische Bevölkerungswissenschaftler wie Friedrich Burgdörfer prognostizierten bereits in den 1930er-Jahren infolge des Geburtenrückgangs die «Ausmerzung» des «qualitativ hochwertigen, kulturtragenden Volksteils», während sich die «unteren Volksschichten» «proletarisch vermehrten». Andere Autoren der Zeit prognostizierten kurz vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten den «Volkstod», wenn der «Bildungswahn» es weiter ermögliche, dass mehr und mehr weniger «rassisch» wertvolle Kinder das Abitur erreichen wollten.

Auf Parallelen der Forderung der rechts-populistischen AfD nach einer höheren Geburtenrate der «einheimischen» Bevölkerung mit dem «kleinen Arierparagraphen der Nationalsozialisten» hat bereits die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, auf dem evangelischen Kirchentag 2017 hingewiesen.

Bemerkenswert an dem Versuch der AfD, ihre rückwärts gewandten bevölkerungspolitischen Ideen unter dem Deckmantel der Sorge um den wissenschaftlichen Nachwuchs unters Volk zu bringen, ist die Tatsache, dass nicht der völkisch-nationale Teil der AfD Treiber dieses Vorhabens ist, sondern der scheinbar gemäßigte Flügel der Partei. Für ihn steht der Gymnasiallehrer Seifen, der gern das Humboldtsche Bildungsideal bemüht. Mit Alfred Andersch, der seine Erfahrungen als Schüler bei seinem Lehrer, dem Vater Heinrich Himmlers, später literarisch verarbeitete, ist zu fragen: «Schützt Humanismus denn vor gar nichts?» ■